

<http://www.taz.de/Kita-Volksinitiative-Streit-um-Betraege/!5477779/>

Kita-Volksinitiative: Streit um Beträge ... in der gedruckten Fassung mit der Überschrift: **Spiel mit Zahlen** Artikel von Kaija Kutter am 29.1.2018 (**taz hamburg**)

Wie viel würde die Umsetzung kosten?

Der Senat erklärt, die Kita-Volksinitiative stelle Forderungen über 350 Millionen Euro. Laut Jugendhilfeausschuss-Protokoll sind es nur 242 Millionen. Linke fordert Aufklärung.



Märchenstunde: Gestritten wird darüber, wie der Betreuungsschlüssel aussehen soll Foto: dpa

HAMBURG taz | Die Forderung der Volksinitiative „Mehr Hände für Hamburgs Kitas“ sei viel zu hoch, hatten die Spitzen von SPD und Grünen-Fraktion zwischen den Jahren erklärt, und den Gang vors Gericht angekündigt. Sie beriefen sich auf Zahlen des Senats. Sozialsenatorin Melanie Leonhard (SPD) hatte schon zuvor in der *Zeit* erklärt: „Insgesamt kostet die Umsetzung aller Forderungen rund 350 Millionen Euro – zusätzlich zu dem, was wir bereits investieren.“ Und man bräuchte 7.500 neue Vollzeitzieher. Beides sei „nicht ganz realistisch“.

Doch die Volksinitiative folgt mit ihren Forderungen den Empfehlungen der Bertelsmann-Stiftung für gute Betreuung. Hamburg ist Schlusslicht unter den West-Bundesländern, weil es in der Krippe (null bis drei Jahre) den empfohlenen Personalschlüssel von eins zu drei weit unterschreitet.

Momentan liegt der Schlüssel in Hamburg bei 1:5,1. Kita-Verbände und Stadt hatten deshalb schon 2014 „Eckpunkte“ für Schritte der Verbesserung bis 2026 vereinbart, die allein für die Krippen 100 Millionen Euro jährlich kosten.

Ein Behördenvertreter hatte aber im Landesjugendhilfeausschusses im November vergangenen Jahres bereits vorgerechnet, dass nach Abzug dieser Planungen der Stadt durch die Kita-Initiative „strukturelle Mehrkosten von rund 242 Millionen Euro pro Jahr entstehen“. Also deutlich weniger. Das Ausschuss-Protokoll liegt der taz vor.

Bertelsmann hatte bei Bekanntgabe ihrer Studie im August vorgerechnet, für die empfohlenen

Personalschlüssel wären jährlich nur rund 158 Millionen Euro nötig und 3.600 Erzieher. Erstaunlich: Noch bevor die Volksinitiative überhaupt gestartet war, hatte der Senat auf Anfrage von SPD und Grünen ein „Kostenszenario“ vorgelegt, wonach sogar die mehr als doppelte Summe nötig wäre, nämlich 405 Millionen Euro.

Der Ablauf erinnert an die Volksinitiative „Guter Ganzttag“ für verbesserte Ganztagschulen. Als diese Initiative vor zwei Jahren ihre Unterschriften einreichte, rechnete Schulsenator Ties Rabe (SPD) vor, deren Wünsche würden 1,6 Milliarden Euro verschlingen. Geeinigt hat man sich dann auf niedrige zweistellige Millionenbeträge für Investition und Personal.

„Wir haben den Eindruck, dass der Senat bewusst mit falschen Zahlen arbeitet, um schlechte Stimmung gegen die Kita-Volksinitiative zu machen“, sagt Mehmet Yildiz, Kita-Politiker der Linksfraktion. Das, was die Initiative fordere, fände sich größtenteils in besagten „Eckpunkten“ wieder. „Die Initiative möchte gesetzlich verankern, was der Senat versprochen hat. Aber der macht Stimmung, statt zu reden.“ Yildiz plant jetzt eine Anfrage, in der er nach den Kosten dieser und auch früherer Volksinitiativen fragen will

SPD-Fraktionschef Andreas Dressel sieht in den Zahlen keinen Widerspruch, man könne auf verschiedenen Wegen über das Thema reden, schließlich hätten SPD und Grüne in ihren Anfragen auch „die eigenen Planungen“ mit abgefragt. „Trotzdem, ob der Mehrbedarf bei 250 oder 350 Millionen Euro liegt, das ist alles oberhalb der Schallgrenze“, sagt er. Die Stadt habe die Schuldenbremse einzuhalten.

Es sei auch nicht richtig, dass man nicht mit der Initiative spreche. Diese Woche gebe es ein Treffen. Und auch für die Kita-Initiative gelte der gleiche Ablauf. Sprich: Nachdem sie die Unterschriften einreicht und der Wahlleiter das Zustandekommen erklärt, gibt es eine Verhandlungsphase mit der Bürgerschaft. „Die gerichtliche Überprüfung“, sagt Dressel, „erfolgt erst, nachdem sich die Bürgerschaft damit befasst hat, wenn sie die Forderungen nicht übernimmt.“

Kita-Schlüssel

Die Initiative fordert in der Krippe einen Personalschlüssel von 1:3. Bei den Elementarkindern von 1:7,5. Es soll anerkannt werden, dass Fachkräfte 25 Prozent für unmittelbare Pädagogik und Ausfallzeit brauchen.

Diese besseren Schlüssel sollen schrittweise bis 2028 eingeführt werden.

Laut der Bertelsmann-Studie liegt der Personalschlüssel in Hamburgs Krippen momentan bei 1 zu 5,1, im Elementar-Bereich bei 1 zu 9.

dazu außerdem auf der selben Seite:

Kommentar von Kaija Kutter zur Kita-Volksinitiative

Vom Kind her denken

Hamburg hat Erfahrung mit Kita-Volksinitiativen. Im Jahr 2004 war es die SPD, die unter dem Titel

„Mehr Zeit für Kinder“ dem damaligen CDU-Bürgermeister Ole von Beust ein fettes Millionen-Paket zur besseren Kita-Versorgung abtrotzte. Seither haben – das war damals einmalig – berufstätige Hamburger einen Rechtsanspruch auf Betreuung ihrer Kinder. 2011 war es die dank dieser ersten Volksinitiative gesetzlich etablierte Landeselternvertretung, die mit der Kita-Volksinitiative „Frühkindliche Bildung“ gegen hohe Gebühren stritt. SPD-Bürgermeister-Kandidat Olaf Scholz kaufte sie im Wahlkampf ein, mit dem Versprechen: Bei SPD-Wahlsieg Gebührenfreiheit.

Und nun gibt es eine dritte Kita-Initiative, die sich mit der Qualität dessen, was in Kitas passiert, befasst. Und ausgerechnet die soll so unmöglich sein, dass gleich mit Gericht gedroht wird und eine Änderung der Volksgesetzgebung erfolgen soll?

Dabei ist, vom Kind her gedacht, diese die wichtigste Initiative, sie hätte die erste sein müssen. Denn Kinder brauchen verlässliche Bindung. Schlechte Betreuungsschlüssel können für kleine Kinder sogar schädlich sein. Deshalb ist diese Initiative nicht geeignet, um vor Gericht ein Exempel zu statuieren.

Es stimmt, der Kita-Etat in Hamburg ist stetig gewachsen. Bald gibt die Stadt vielleicht jeden zehnten Euro dafür aus. Aber es ist Hamburg dadurch nicht schlecht ergangen. Immer weniger Mütter verzichten auf den Job. Die Quote derer, die in „großer Teilzeit“ mehr als 20 Stunden die Woche arbeiten, ist von 2010 bis 2014 von 62 Prozent auf 74 Prozent gestiegen. Diese Frauen zahlen auch Steuern, und zwar ein ganzes Erwerbsleben lang. Es gibt wenige reine Hausfrauenbiografien, die den Staat auch viel kosten.

Kita-Ausbau, das bringt neue Jobs und Perspektiven für Schulabgänger, hilft kräftig, die Ausbildungsstatistik zu verbessern. Und schließlich, wer jedes Jahr mindestens 10.000 Wohnungen baut, muss damit rechnen, dass junge Leute zuziehen, die Familien gründen. Hamburg wächst, das heißt, es kommt auch an die Grenze des Finanzrahmengesetzes, das das Wachstum der Ausgabensteigerung auf jährlich 0,88 Prozent begrenzt. Aber wenn es seine Neubürger vernünftig versorgen will, muss das wohl sein. Mal mit der Initiative reden, reicht nicht. Ernsthaftige Verhandlungen sind Pflicht.